

Beschlußempfehlung und Bericht **des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)**

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 13/7954 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 8. November 1990
über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung
von Erträgen aus Straftaten

A. Problem

Das Übereinkommen über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten ist am 8. November 1990 für die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden. Um dem Übereinkommen völkerrechtliche Wirkung zu verschaffen, muß es nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes durch ein entsprechendes Gesetz ratifiziert werden. Dies ist bisher noch nicht geschehen.

B. Lösung

Zustimmung zu dem vorliegenden Entwurf eines Ratifizierungsgesetzes.

Einstimmige Annahme bei Stimmenthaltungen

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die durch die Ausführung des Übereinkommens bei den Ländern entstehenden Kosten werden durch „Erlöse“ aus der Vollstreckung ausländischer Anordnungen des Verfalls oder der Einziehung nach Artikel 15 des Übereinkommens ausgeglichen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf – Drucksache 13/7954 – unverändert anzunehmen.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Der Rechtsausschuß

Horst Eylmann
Vorsitzender

Norbert Geis
Berichtersteller

Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Norbert Geis und Dr. Jürgen Meyer (Ulm)**I. Zum Beratungsverfahren**

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf der Drucksache 13/7954 in seiner 197. Sitzung vom 9. Oktober 1997 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Rechtsausschuß und zur Mitberatung dem Innenausschuß überwiesen.

Der Innenausschuß hat in seiner Sitzung vom 12. November 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Der Rechtsausschuß hat in seiner 103. Sitzung vom 10. Dezember 1997 einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen zu empfehlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

II. Zur Begründung der Beschlußempfehlung

Zur Begründung ihrer Beschlußempfehlung nahmen die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. Bezug auf die Ausführungen in der Denkschrift zum Übereinkommen auf der Drucksache 13/7954.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Norbert Geis
Berichtersteller

Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Berichtersteller